

FRAGESTUNDE

Beginn: 15.25 Uhr

Ende: 16.20 Uhr

1) Parktarife in den Blauen Zonen

GR. **Eichberger** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Frau Bürgermeisterstellvertreterin! In meiner Frage geht es heute um ein Thema, das nicht nur die Medien in den letzten Tagen bewegt hat, sondern auch natürlich unter vielen Grazerinnen und Grazern für helle Empörung, Aufregung und sachte ausgedrückt für Verwunderung gesorgt hat. Die meisten Grazerinnen und Grazer und Lisa Rücker ist ja schon diesbezüglich über die Grazer Grenzen hinaus schon bekannt, dass sie ja nicht gerade als Lobbyistin für die Autofahrer gilt und hat sich ja auch diesbezüglich schon öfter hervorgetan, um das Leben für die Autofahrer für Benutzer von Privat-Pkw schwerer zu machen und ich erinnere mich noch gut zurück an Aussagen, die sie getätigt hat, dass sie ihre Funktion als Verkehrsreferentin der Landeshauptstadt Graz nicht darin sieht, den Autofahrern, das Autofahren in Graz zu erleichtern, zu verbessern, das schneller abwickeln zu lassen und dergleichen. Deshalb wundert man sich natürlich nicht mehr besonders über neue Anschläge an und auf Grazer Autofahrerinnen und Autofahrer aber jetzt kommt eben diese besagte Äußerung und dieser besagte Alleingang der zuständigen Verkehrsreferentin, wo sie, wörtliches Zitat hier in der Kleinen Zeitung: „Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir die Gebühren insgesamt anpassen wollen“, wobei ich es schon etwas sonderbar finde von einer Anpassung zu sprechen, wenn wir österreichweit bereits sowieso jetzt schon an dritter Stelle sind, was die Parkgebühren betrifft, dann von einer Anpassung zu sprechen. Auf der

anderen Seite, auch wörtliches Zitat: „In dieser Periode, also bis zum Jahr 2013 wird es mit uns mit Sicherheit keine Erhöhung der Parkgebühren geben“, Klubchef der Grazer ÖVP Dr. Peter Piffl-Percevic. Ohne jetzt auf mögliche Konflikte zwischen ÖVP und Grünen eingehen zu wollen, die sollen sich das selber ausmachen, geht es mir aber sehr wohl jetzt schon darum, wie geht es in Graz weiter mit den Parkgebühren, was hat der Grazer, was hat die Grazerin hier in der nächsten Zeit zu erwarten, welche Befürchtungen können hier eintreten und aus diesem Grund jetzt meine Frage und ich mache auch kein Hehl daraus, sollte die SPÖ in irgendeinem Gremium zu dieser Frage eine Stimmabgabemöglichkeit haben, werden wir alle miteinander und sehr klar und deutlich gegen diese Preiserhöhung natürlich stimmen, aber jetzt zur Frage, wie schaut es jetzt aus, sticht jetzt der Ober oder die Oberin in Form der Vizebürgermeisterin den Klubobmann der ÖVP, wer behält Recht, wann kommt es zu dieser Erhöhung, deshalb wie gesagt, diese Frage, die nicht nur mich, sondern vielleicht auch einige andere GemeinderätInnen interessiert, wie schaut es aus mit dem Zeitpunkt dieser geplanten Erhöhung, dass wir Spitzenreiter hinsichtlich der Gebühren in ganz Österreich werden sollen (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Die Parkgebührenerhöhung ist ja, wie du richtig sagst, in der letzten Woche einmal kurz Thema in den Medien gewesen. Dazugekommen ist es dadurch, dass ich im Zusammenhang mit der derzeit stattfindenden Evaluierung der Ausweitung der Grünen Zonen und der Veränderungen bei den Blauen Zonen gefragt wurde von einem Medienvertreter, ob Parkgebührenerhöhungen kommen und dann war die Antwort, so wie es drinnen steht, dass ich nicht ausschließe, dass wir auch über Parkgebührenerhöhungen reden werden, mehr habe ich nicht gesagt, alles was dann dazugekommen ist, waren interessante Fakten. Was Tatsache ist, ist, dass wir uns gerade unser Parkgebührensysteem näher anschauen, auch im Zusammenhang mit der Evaluierung, dass es für das neue Jahr, nicht in diesem Jahr, wir werden auch keine überfallsartige Kommandoaktion machen. Jeder weiß, dass

Parkgebührenerhöhungen hier im Gemeinderat beschlossen werden mit dem entsprechenden Vorlauf, mit der entsprechenden Vordiskussion, es wird ein Vorschlag entwickelt werden, der wird im Frühling zur Diskussion gestellt werden, der wird in den entsprechenden Ausschüssen und Gremien diskutiert werden und dann werden wir ganz konkret über Erhöhungen reden. Es stimmt, dass wir in einem Teilbereich, nämlich in den Kurzparkzonen, mit den Kurzparktarifen am oberen Limit sind, es gibt Parktarife wo wir uns auch weit nach unten abheben im Österreichvergleich, das kann man also nicht immer so über eine Latte brechen. Die letzte Parkgebührenerhöhung hat stattgefunden im Bereich der Grünen Zonen, das wurde im Jahre 2008 hier im Gemeinderat beschlossen. In den Blauen Zonen, bei den BewohnerInnen gab es die letzte Anpassung, ich sage bewusst Anpassung, wir haben auch in anderen Gebühren und Tarifbereichen laufend und immer wieder Anpassungen, also ich sehe das sehr wohl als Anpassungen. Die letzte Gebührenerhöhung, wie gesagt für BewohnerInnen der Blauen Zone, hat am 1. 5. 2004 stattgefunden, damals wurde auf sieben Euro pro angefangenem Kalendermonat erhöht, seitdem wurde nichts mehr angegriffen. Die UnternehmerInnen und DienstnehmerInnen wurden sogar mit dem 4. Juni 2007 gesenkt die Tarife für diese und ich denke, wir sehen uns jetzt an, in welchen Bereichen es notwendigerweise zu einer Erhöhung kommen wird, wir werden es vorschlagen, wir werden es diskutieren und es wird eine mehrheitliche Abstimmung darüber geben, so einfach wie sonst auch, wird die Sache laufen und die ganze Aufregung sei dir unbenommen, aber wir können sie dann abführen, wenn wir wirklich über ganz konkrete Vorschläge diskutieren und dazu wird es genug Zeit und Platz geben.

GR. **Eichberger:** Zum einen, da finden wir uns, da treffen wir uns, da sind wir davor, was die Evaluierung betrifft und zum anderen auch, dass es hier Adaptierungen, Anpassungen geben soll, da sind wir einer Meinung. Was das andere betrifft, wie

gesagt, ist ein anderes Thema. Aber jetzt zur Zusatzfrage. Schließt du für das Jahr 2011 diesbezügliche Anträge hinsichtlich der Erhöhung von Gebühren in den Kurzparkzonen von deiner Seite als zuständige Referentin hier im Gemeinderat aus?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich schließe sie für das Jahr 2010 aus, wie ich es auch öffentlich gesagt habe, für das Jahr 2011 wird ein Vorschlag entwickelt und diskutiert und der wird dann hier herinnen abzustimmen sein.

GR. **Eichberger**: Gut, dann kennen wir uns aus.

2) Gemeindewohnungen ohne Heizmöglichkeit

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an StRin. **Kahr** folgende Frage:

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Elke! Mein Antrag betrifft Gemeindewohnungen ohne Heizmöglichkeit. Leider sind uns Fälle bekannt geworden, dass vom Wohnungsamt Gemeindewohnungen ohne jegliche Heizmöglichkeit vergeben werden. Ein besonders schlimmer Fall hat eine junge Frau betroffen mit einem Baby, die dann in einer Wohnung gesessen ist, wo sie keine Möglichkeit hatte, ein warmes Zimmer, einen warmen Raum für dieses kleine Kind zu schaffen. Laut einer Sachwalterin, wie auch einer Sozialarbeiterin, gibt es noch weitere solche Fälle und das Problem ist, dass man mit der Zuweisung solcher Wohnungen ohne Heizmöglichkeit die Leute in eine Kostenfalle treibt. Sie kaufen sich dann Radiatoren,

heizen mit Strom, wir alle wissen, wie extrem teuer das ist und dann kommen sie auch zu uns, also in die grüne Sozialberatung und haben das Problem, dass sie ihre horrenden Stromrechnungen einfach nicht bezahlen können.

Daher stelle ich an dich folgende

F r a g e :

Wie viele Gemeindewohnungen in Graz verfügen über keine Heizmöglichkeit?

StRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Grundsätzlich möchte ich einmal festhalten, dass es keine Gemeindewohnung der Kategorie B ohne Heizmöglichkeit gibt, weil in jeder Gemeindewohnung der Kategorie B zumindest ein Kaminanschluss vorhanden ist. Nun zu den beiden konkreten Fällen, weil von denen sprichst du im Motivenbericht und das habe ich mir auch persönlich angeschaut, hier handelt es sich um zwei Wohnungssuchende, die beide unabhängig davon eine Angebotsliste vom Wohnungszuweisungsreferat bekommen haben mit mehreren Wohnungen. In dem einen Fall hat die betreffende Person zwei Kategorie A-Wohnungen angeboten bekommen, in dem anderen Fall waren es drei Kategorie A-Wohnungen unter anderem. Das heißt, Kategorie A-Wohnungen sind Wohnungen mit Zentralheizung. Kategorie B-Wohnungen sind Wohnungen ohne Zentralheizung. Alle Kategorie A-Wohnungen, die hier angeboten wurden den beiden Wohnungssuchenden waren vom Preis her für die Betroffenen auch gut leistbar. Die beiden Wohnungssuchenden haben sich aber für eine Kategorie B-Wohnung entschieden und das ist auch ihr gutes Recht, es gibt keine Zwangszuweisung vom städtischen Wohnungsamt, soviel dazu. Hinzu kommt, dass bei der einen Mieterin, mittlerweile hat sie angesucht um einen Einbau für eine Zentralheizung, dazu muss man sagen, dass in diesem konkreten Fall dieser Einbau auch möglich ist, weil eine

Anschlussmöglichkeit im Haus vorhanden ist und das Umweltamt auch eine Förderung zugesagt hat, es bleibt aber trotzdem noch ein Restkostenanteil und dieser Restkostenanteil wird vom städtischen Wohnungsamt übernommen. Im anderen Fall gibt es im Haus keine zentrale Gasanlagenheizung, insofern ist auch keine Anschlussmöglichkeit gegeben. Dazu könnte man jetzt noch sehr viel sagen, ich möchte aber noch ein paar andere Sachen anfügen. Wir haben immer wieder die Erfahrung, dass viele Wohnungssuchende, auch wenn es wünschenswert ist natürlich eine Wohnung mit Zentralheizung zu bekommen aus ökologischen Gründen aber auch aus Gründen der Wohnqualität, trotzdem entscheiden sich viele Mieter und Mieterinnen für eine Wohnung ohne Zentralheizung, also ohne Fernwärme, weil sie die hohen Fernwärmekosten fürchten. Und das nicht umsonst. Zirka 1.20 Euro pro Quadratmeter im Monat kostet die Fernwärme, das ist bei 50 Quadratmeter immerhin 60 Euro im Monat, das ist gerade, wenn man von einkommensschwachen Personengruppen redet nicht wenig, und sehr geehrte Damen und Herren, wir beschließen heute hier im Gemeinderat zu späterer Stunde, haben wir einen Tagesordnungspunkt, wo die Fernwärmekosten wieder um mindestens vier Prozent erhöht werden gegen die Stimmen der KPÖ, soviel zu den geplanten Befürchtungen. Hinzu möchte ich auch noch sagen, dass das städtische Wohnungsamt allein seit 1998 in fast 1000 gemeindeeigenen Wohnungen Fernwärme aus eigener Kraft eingebaut hat, entweder durch umfassende Sanierungen oder im Zuge von Brauchbarmachungen. Wir haben fast zu 100 % Altbestand, das heißt, das sind Wohnhäuser, die in der Zwischenkriegszeit und Nachkriegszeit erbaut wurden, wo nicht nur keine Zentralheizung drinnen war, sondern nicht einmal Duschen oder Bäder oder Toiletten. Wenn jetzt 60/70 Jahre in diesen Häusern nichts gemacht wurde, außer wenn Mieter selbst etwas investiert haben, dann kann man in den letzten 10 Jahren bei ständig geringer werdenden Budgetmitteln nicht alles auf einmal investieren und diese ständig sinkenden Budgetmittel, die trägt auch deine Fraktion mit, weil wir haben auch dieses Jahr für das kommende Budget wieder um fünf Prozent weniger Mittel und wir können nur mehr investieren, wenn wir mehr Mittel bekommen (*Applaus KPÖ*). Erfreulich aber, muss ich eines sagen, ist, auch

wenn es natürlich jetzt, das ist ja auch zu einem sehr späten Zeitpunkt, das Umweltamt seit 1. 7. 2010 ein Feinstaubförderungskpaket installiert hat, hier ist erste Ansprechpartnerin das städtische Wohnungsamt und wenn der Gemeinderat dem auch so zustimmt, dann wird in bestehenden Gemeindewohnungen, geplant sind zirka 600 Wohnungen künftighin Fernwärme bei bestehenden Mietverträgen eingebaut werden können. Eine letzte Ziffer noch, allein in diesem Jahr, das zeigt auch die positive Entwicklung, was bisher das städtische Wohnungsamt geleistet hat, haben wir bei knapp 600 Gemeindewohnungen, die bisher bis November zugewiesen worden sind 85 % Kategorie A-Wohnungen zuweisen können und 12 Kategorie B-Wohnungen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe ist die Aussage, dass es in Graz keine Wohnungen gibt, die keine Heizmöglichkeit haben, weil die Interpretation ist, dass ein Kamin allein ausreicht um eine Wohnung mit Heizmöglichkeit sozusagen zu vergeben. Das halte ich für ein bisschen wenig und daher lautet meine Zusatzfrage: Welche Maßnahmen wirst du setzen, damit in Zukunft alle Gemeindewohnungen über wirklich eine adäquate Heizmöglichkeit verfügen?

StRin. **Kahr**: Es gibt keine gesetzliche Verpflichtung, die einen Einzelofen vorsieht. Wenn du dich persönlich stark machst, dass das städtische Wohnungsamt ein Budget bekommt, damit wir Mieterinnen und Mietern den Ankauf von Ölofen, von Radiatoren, von Kohle-Holzöfen, wenn sie es aus eigener Kraft und auch nicht mit Hilfe des Sozialamtes sich leisten können, dann können wir jedem Wohnungssuchenden, der eine Kategorie B-Wohnung hat und sich selbst aus eigenen Mitteln, sich so etwas nicht leisten kann, dieses auch finanzieren. So schaut es jetzt

aus, dass das sehr oft das Sozialamt finanziert oder ich in meine eigene Tasche greife und Mieterinnen und Mietern einen Ofen kaufe (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Also für einen Radiator werden wir uns wirklich sicher nie engagieren.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin bitte, keine weiteren Debattenbeiträge.

3) Zahlen und Daten zum verpflichtenden Kindergartenjahr

GRin. **Benedik** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Meine Anfrage betrifft die Zahlen und Daten zum verpflichtenden Kindergartenjahr. Seit dem Herbst 2010 wurde auch in der Steiermark das verpflichtende Kindergartenjahr – 16 Stunden wöchentlich sind vorgeschrieben – eingeführt. Der Bund gibt die Kindergartenpflicht vor und stellt entsprechend Geld zur Verfügung. Wie die Kontrollen aussehen, was passiert, wenn jemand sein Kind trotzdem zu Hause lässt, und ähnliche Fragen muss das Land Steiermark selbst regeln. Dies soll daher nicht Gegenstand meiner Anfrage sein. Von Interesse sind aber Zahlen und Statistiken, ob und in welchem Ausmaß dieser Pflicht seitens der Eltern entsprochen wird.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, nachstehende

F r a g e :

Gibt es in Hinblick auf das verpflichtende Kindergartenjahr für Fünfjährige seitens städtischer Kindergärten und seitens Einrichtungen, die am städtischen Tarifsysteem teilnehmen, bereits Ergebnisse über die Teilnahme und die tatsächliche Anwesenheit von kindergartenpflichtigen Kindern?

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Vorweg nur einige Anmerkungen, bevor ich zur Antwort komme. Meinen Informationen nach, und ich habe auch noch einmal nachgeschaut, umfasst die Kindergartenpflicht 20 Wochenstunden. Das Geld, das angeblich vom Bund kommt im Hinblick auf diese Kindergartenpflicht ist bei uns zumindest noch nicht angekommen, es ist richtig, dass der Bund vor zwei oder drei Jahren zusätzliche Gelder im Zusammenhang mit einer § 15a-Vereinbarung mit den Ländern für den Ausbau der Einrichtungen insbesondere der Krippen zur Verfügung gestellt hat, aber das war in keinem Zusammenhang mit der Kindergartenpflicht für 5-jährige. Und wenn Sie in Ihrem Motivenbericht schreiben, wie die Kontrollen aussehen und was passiert, wenn jemand sein Kind trotzdem zuhause lässt und ähnliche Fragen, muss das Land selbst regeln. Dem ist leider nicht so, das muss selbstverständlich die Bezirksverwaltungsbehörde beziehungsweise die jeweilige Wohnsitzgemeinde selbst regeln, also in dem Fall unser Amt für Jugend und Familie in Zusammenarbeit mit dem BürgerInnenamt, also das nimmt uns das Land nicht ab. Im Gegenteil, das Gesetz hat uns besonders viel Mehrarbeit gemacht, nur das einleitend. Zur Frage selbst kann ich sagen, es gibt in Graz 2.357 Fünfjährige, bis auf ein Kind erfüllen alle fünfjährigen Kinder diese Kindergartenpflicht, dieses eine Kind konnte trotz verschiedenster Versuche der Kontaktaufnahme schriftlich, persönlich, etc. nicht erreicht werden. Es ist aber mit Hauptwohnsitz in Graz gemeldet, also gehen wir nach wie vor davon aus, dass es sich in Graz aufhält. Bei diesem einzigen Fall haben wir jetzt das BürgerInnenamt gebeten,

die weiteren notwendigen Schritte einzuleiten, da sieht das Gesetz vor, die Einleitung eines Verwaltungsstrafverfahrens mit einer Geldstrafe bis zu 220 Euro. Noch ist das Verfahren nicht so weit, dass eine Strafe ausgesprochen wird, aber es wird jetzt im Moment daran gearbeitet. Ansonsten hat es im Amt für Jugend und Familie bei unseren eigenen Einrichtungen oder auch bei jenen, die im Tarifsystem sind und darüber hinaus bei allen anderen Einrichtungen, die sogenannten ganz Privaten, auch für diese haben wir die Aufsichtspflicht als Stadt Graz, keine Vorfälle gegeben, wonach ein fünfjähriges Kind dieser Pflicht nicht nachgekommen wäre. Es ist ja grundsätzlich vorgesehen, dass bis zu drei Wochen aus nachvollziehbaren Gründen ein Kind fernbleiben kann, wenn das überschritten wird, nimmt die Leiterin mit den Eltern, mit den Erziehungsberechtigten Kontakt auf. Sollte das nicht erfolgreich sein, wird auch in diesen Fällen ein Verwaltungsstrafverfahren eingeleitet.

GRin. **Benedik:** Werden diese Ergebnisse beziehungsweise Zahlen in Zukunft regelmäßig erhoben, wenn ja, wo kann man diese nachlesen?

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Wir sind selbstverständlich laufend dabei, diese Kindergartenpflicht für Fünfjährige zu kontrollieren, wie ich gesagt habe, also wenn ein Kind länger als drei Wochen nicht erscheint, wird dem nachgegangen. Die werden aber sicher nirgends veröffentlicht, das sind datenschutzrechtliche Gründe, die es aus meiner Sicht nicht zulassen, dass wir irgendwo auf die Homepage stellen, das Kind XY kam jetzt vier Wochen nicht in den Kindergarten. Also das ist eine amtsinterne Verwaltungsangelegenheit, ich kann Ihnen versichern, wir machen das sehr sorgsam.

4) Winter - Notschlafstellen

GR. **Schröck** stellt an StRin. Mag.^a Dr. **Schröck** folgende Frage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne, sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich mache heute ein Thema zur Frage, das im Allgemeinen natürlich sehr wichtig ist, aber gerade jetzt zur kalten Jahreszeit wieder besondere Brisanz bekommt. Sie wissen, viele wohnungslose Menschen nehmen ihren Anspruch auf öffentliche Unterbringung leider erst dann wahr, wenn niedrige Temperaturen oder die Witterung eine Übernachtung im Freien nahezu gar nicht mehr möglich machen. Diese öffentlichen Unterbringungen bieten den Betroffenen aber nicht nur Schutz vor Kälte, sondern vor allem auch die Möglichkeit zusätzliche Hilfeangebote anzunehmen.

Deswegen meine

Frage:

.

Kann es erfahrungsgemäß zu Überlastungen in den Notschlafstellen während der kalten Wintermonate kommen und welche Maßnahmen setzen Sie, um diese Situation zu vermeiden?

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat Schröck! Danke für die Anfrage. Wir haben ja in der Stadt Graz zahlreiche Einrichtungen, die sich um obdachlose Menschen kümmern. Männerwohnheim, Frauenwohnheim, Resi-Dorf, Vinzi-Dorf, Vinzi-Nest, Vinzitel und wie sie alle heißen. Es ist natürlich so, dass diese Einrichtungen in den Wintermonaten gut ausgelastet sind, es ist dennoch nicht zu Engpässen gekommen, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass gerade in den kalten Wintermonaten dann einfach zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden

beziehungsweise diese Institutionen miteinander sehr gut vernetzt sind und hier wirklich nach Lösungen gesucht wird. Sollte es zu einer Jahrhundertkälte kommen, sage ich jetzt einmal, dann werde ich an den zuständigen Stadtrat für Liegenschaftsverwaltung, Herrn Stadtrat Rüscher herantreten und ihn bitten, mich zu unterstützen, weil er natürlich die Möglichkeit hat, Liegenschaften der Stadt Graz in den Wintermonaten für Übernachtungen zu öffnen. Also ich werde dann, wenn es wirklich in den Institutionen nicht möglich ist, die Menschen unterzubringen, diese Möglichkeit in Betracht ziehen. Ich möchte jetzt auch noch eines anmerken, wenn ich schon die Möglichkeit dazu habe, die Einrichtungen der Stadt Graz sind teilweise in einem sehr unzufriedenstellenden Zustand und ich möchte darauf hinweisen, dass die AOG-Mittel, die mir zur Verfügung stehen, bei weitem nicht ausreichen. Ich habe in den nächsten fünf Jahren 900.000 Euro zur Verfügung und das reicht bei weitem nicht aus. Die Arche 38 ist zum Beispiel in einem katastrophalen Zustand, beim Frauenwohnheim sind die Fenster nicht dicht, beim Männerwohnheim schimmelt es im Keller, also da besteht einfach ein großer Bedarf hier die Einrichtungen noch zusätzlich zu renovieren und hier budgetäre Mittel zur Verfügung zu stellen, das wäre ganz, ganz notwendig (*Applaus SPÖ*).

5) Pilotprojekt für einen kontrollierten und sicheren Einsatz von Pyrotechnik in der UPC-Arena

GR. Mag. **Mariacher** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Ich stelle an den Sportstadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg die Frage im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen in der UPC-Arena. Alle die solche Sportveranstaltungen jemals besucht haben wissen, dass Sportbegeisterung und Atmosphäre im Stadion die Attraktivität gerade solcher

Sportveranstaltungen ausmachen. Seit 2010 gibt es ein neues Pyrotechnikgesetz, das sehr restriktiv ist in der Anwendung, was Fanchoreographien anbelangt und die ja sehr bei den Fans und Fanvertretern die an sich sehr beliebt sind und zumeist ohne große Probleme eingesetzt worden sind, aber es hat natürlich international entsprechende Auswüchse gegeben. Dennoch das Gesetz ist recht restriktiv, bietet aber die Möglichkeit, den Einsatz von Pyrotechnik möglich zu machen, indem Sachkundige, Sachverständige und Professionisten in einem Versuchsprojekt sozusagen hinzugezogen werden, um zu schauen, dass wirklich die Sicherheit im Stadion gewährleistet ist und das ganze im beschränkten Maße in einem kontrollierten Ablauf ermöglicht werden kann, um eben wieder diese Stimmung und Atmosphäre herbeizuführen.

Vor diesem Hintergrund stelle ich nachfolgende

Frage:

Sind Sie; Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg bereit, für Fußballspiele in der UPC-Arena einen im Pyrotechnikgesetz 2010 möglichen „Pyrotechnik-Versuchsbetrieb“ in der Frühjahrssaison 2011 zu genehmigen beziehungsweise zu unterstützen und hierzu insbesondere unter Einbindung von Vereins- und Medienvertretern, Vertretern des Steirischen Fußballverbandes sowie der Sicherheitsorgane und der Stadt Graz Auflagen und Vorgaben zu erarbeiten, die auf Basis von Vertrauen in die Vereinsorgane und in die Fanvertreter geprägt sind?

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich muss Sie zunächst darüber aufklären, dass die Genehmigung eines solchen Pyrotechnikversuchsbetriebes keinesfalls in der Kompetenz der Stadt Graz und somit auch nicht in meiner Kompetenz liegt. Hier ist die Bezirksverwaltungsbehörde zuständig, im Fall der Stadt

Graz die Polizei, ausschließlich die Polizei kann so einen Versuchsbetrieb genehmigen, aber nichtsdestotrotz werde ich sehr gerne zu einer entsprechenden Gesprächsrunde einladen, um einerseits auszuloten, ob das Bedürfnis der Fanklubs danach besteht und wenn ja, unter welchen technischen und vor allem sicherheitstechnischen Rahmenbedingungen ein derartiger Versuchsbetrieb stattfinden kann.

GR. Mag. **Mariacher**: Ich bedanke mich einmal für die positive Aufnahme, weil zuerst kommt natürlich das politische Wollen in diese Richtung zu gehen. Meine abschließende Frage, in welchem Zeitrahmen werden Sie diese Initiative setzen.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ja nachdem der Antrag beziehungsweise die Frage auch in Richtung Frühjahr 2011 geht, werde ich natürlich baldmöglichst zu so einer Gesprächsrunde einladen, damit wir allenfalls tatsächlich mit Beginn der Frühjahrssaison vielleicht schon starten könnten.

6) Preiselastizität bei ÖV-Tickets nach der Erfahrung der Anti-Feinstaub-Aktion

GR. **Mayr** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. **Mayr**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin! Es geht um die Frischlufttickets, die ja dann, nachdem ein gewaltiger Griss, kann man richtig sagen, um die Tickets entstanden ist an dem ersten Verkaufstag, natürlich in der Bevölkerung, vor allem wahrscheinlich auch bei jenen, die keines bekommen konnten, heftig diskutiert wurden. Insgesamt, wenn man den Ansturm auf die Tickets als Kriterium heranzieht,

war es ein voller Erfolg. Über Verbesserungsmöglichkeiten im Ablauf kann man sicher diskutieren und die würden auch sicher angedacht bei einer allfällig nächsten Aktion. Aber es stellt sich jetzt natürlich neben der Frage, wie weit zum Beispiel auch die Fragebogenaktion, die im Vorfeld als eine Art Werbemedium für das Frischluftticket versendet wurde, wieweit diese Fragebogenaktion auch ein Erfolg war, war ja mit entsprechenden Kosten auch verbunden. Darüber hinaus ist aber jetzt die Frage, wenn ein Ticket um 99 Euro, und im Wiener Gemeinderatswahlkampf ist das ja auch thematisiert worden, wirklich so ein Erfolg ist, dann stellt sich die Frage, die wir auch herinnen im Gemeinderat schon seit längerem diskutieren. Wäre es nicht sinnvoll, die Ticketpreise an sich zu senken, die Ticketpreise in diesen DauerkundInnenbereich, Halbjahres-/Jahresticket und damit entsprechende Mehreinnahmen über deutlich höhere Ticketverkäufe zu lukrieren, würde sich das nicht im Endeffekt ausgehen und für die GVB zu entsprechenden gleichen, wenn nicht sogar Mehreinnahmen führen (*Applaus ÖVP*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Danke für deine Frage. Du erwähnst richtig, dass ja das Frischluftticket nicht alleine sozusagen Teil der ganzen Aktion war, sondern dass es rundherum auch in diesem Projekt einen Individualmarketingprozess gegeben hat, der sich an alle im Verteilgebiet Stadt Graz und Teile auch der umliegenden Gemeinden liegenden Haushalte gerichtet hat, dabei gab es eben auch eine Zielgruppenbreite, dass man sagt, man hat angesprochen speziell Öffi-Nutzer und Nicht oder skeptische oder dem öffentlichen Verkehr skeptisch gegenüberstehende Menschen angesprochen mittels Fragebögen. Wir haben bis jetzt eine Rücklaufquote, die über dem eines durchschnittlichen Rücklaufes liegt, also wir liegen bei acht Prozent im internationalen Bereich liegt er ungefähr bei fünf Prozent. Also 10.000 retournierte Fragebögen, die gerade ausgewertet werden. Das zweite, was noch nicht ausgewertet wird, weil es dauert, wir haben ja von allen Frischluftticketkunden/-kundinnen die Daten und auf dieser Grundlage wird es dann auch eine Auswertung

geben, wie viel davon Neukunden/-kundinnen waren beziehungsweise wie viele davon dann auch in weiterer Folge wieder eine Fahrkarte, eine längerfristige Fahrkarte der GVB annehmen werden. Dazu kann ich dir noch keine Daten liefern. Prinzipiell also wie gesagt, das Frischluftticket noch einmal als Anreiz für NeueinsteigerInnen, aber das gesamte Paket auch als Information, sondern die Möglichkeit an KundInnen heranzukommen, um auch ihre Meinung einzuholen und auch Verbesserungsvorschläge aufzugreifen. Zum Thema Preiselastizität kann man eben dann auch aus dieser Auswertung der FrischluftticketbezieherInnen eine Aussage treffen aber man muss mit bedenken, wenn man mit billigeren Tickets operiert und damit mehr Fahrgäste lukriert, heißt es nicht allein, dass das sich nur im Vershub zwischen Ticket auswirkt, wenn mehr Fahrgäste sind, müssen wir auch mehr Ressourcen zur Verfügung stellen und mehr Kapazitäten, also das heißt, das muss man mitberücksichtigen, also Einnahmen versus Ticketverwanderungen versus auch höherer Aufwand, weil mehr Leute befördert werden und in dem Gesamten werden wir das auch betrachten und ich hoffe, dass wir dann auch einen Bericht darüber geben können, wie letztlich die Auswirkung dieser Aktion war und wir werden auch aus dieser Aktion, die Übrigens immer mit dem Projektpartnern Land und Verbund und auch mit der Holding abgestimmt waren, ziehen und womöglich für zukünftige Aktionen das eine oder andere ableiten können.

GR. **Mayr:** Wird unter Umständen auch erhoben, wie die Nutzungsfrequenz der Frischluftticketinhaberinnen und -inhaber ist. Das heißt, wie oft in der Woche, wie viel Fahrten hier genutzt werden. Wäre vielleicht ein interessanter Aspekt. Die Frau Gemeinderätin Binder können wir zum Beispiel fragen.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Diese Fragestellung ist eine Interessante, ich kann sie nicht beantworten ob sie in der Erhebung mit drinnen ist, aber ich kann dem gerne nachgehen.

7) Nutzungsmöglichkeiten Volleyballplatz Margarethenbad

GRin. **Jahn** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GRin. **Jahn**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meiner Frage geht es um den Volleyballplatz beim Margarethenbad. Es gibt dort im Bezirk Geidorf schon seit längerem den Wunsch und auch die Bestrebungen, ob man nicht den Volleyballplatz im Margarethenbad über die Öffnungszeiten des Bades hinaus öffnen könnte, weil jetzt ist er ja nur zugänglich, wenn quasi die Badesaison ist und grundsätzlich wäre es ja wünschenswert, wenn dieser Platz ob Frühjahr bis in den Herbst hinein über die Badesaison auch hinaus für die Menschen im Bezirk, insbesondere und vor allem auch für die Jungen natürlich hier geöffnet werden könnte. Es wäre eine gute Möglichkeit für ein zusätzliches Sportangebot im Bezirk Geidorf, wo wir ja, Gott sei Dank, auch einen Bezirkssportplatz haben, allerdings mit einem anderen Angebot. Es wäre auch eine gute Ergänzung zu dem Basketballplatz, zur Wiese und den Tennisplätzen, wenn mich nicht alles täuscht, hier in Geidorf. Sicherlich wären auch ein paar kleine Umgestaltungsmaßnahmen notwendig, das ist uns bewusst, weil man müsste ja auch irgendwie eine Abgrenzung schaffen für dieses Areal zum Bad hin, damit es hier keine Schwierigkeiten abseits der Badesaison gibt mit dem anrainenden Bad. Uns ist auch bewusst, dass die Freizeitbetriebe ja dafür zuständig sind, dennoch auch meine

F r a g e

an dich als zuständiger Sportstadtrat: Bist du bereit in deiner Funktion als Sportstadtrat Gespräche mit den Grazer Freizeitbetrieben aufzunehmen, um eine Öffnung des Volleyballplatzes beim Margarethenbad über die Badöffnungszeiten hinaus zu erreichen?

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Sehr geehrte Frau Klubobfrau! Auch aus meiner Sicht, nämlich aus der Sicht des Sportreferenten ist es natürlich immer erstrebenswert zusätzliche Sportangebote für die Bevölkerung zu schaffen, aber ich betone jetzt aus Sicht des Sportreferenten, weil es gibt gerade dort vor Ort auch, sage ich jetzt, leider ganz andere Interessen, nämlich jene der Anrainerinnen und Anrainer, die sehr häufig im Zusammenhang mit Sportausübung und überhaupt mit dem Badebetrieb insgesamt sich dahingehend eben äußern, dass ihnen schon viel zu viel ist, was dort passiert und vor allem die Lärmbelästigung eine zu hohe ist. Nichtsdestotrotz wir sind noch nicht so weit über ein derartiges Vorhaben reden zu können, das Gegenteil ist leider der Fall, wie ich erwähnt habe, gibt es eben auch andere Interessen (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), diese hat ein Nachbar des Margarethenbades auch rechtlich anhängig gemacht, er hat eine gewerbliche Nutzung der Beachvolleyballplätze behauptet. Im Zuge dieses Verfahrens wurde auch in Frage gestellt, ob die Beachvolleyballplätze eine rechtskräftige Betriebsstättengenehmigung haben. Diese Verfahren laufen derzeit und werden natürlich von den Freizeitbetrieben mit dem Ziel verfolgt, dass wir alle Genehmigungen rechtlicher Natur einmal erhalten. Wenn die vorliegen, können wir über vieles reden, werde ich selbstverständlich gerne auch mit den Freizeitbetrieben dahingehend Kontakt aufnehmen, aber wie gesagt, es gibt nicht nur die Interessen der sportbegeisterten Menschen, es gibt, wie du sehr, sehr gut weißt in den verschiedensten Bereichen auch andere Interessen, die gilt es auch in dieser Frage zu würdigen.

GRin. **Jahn**: Danke für den Hinweis auch auf die NachbarInnen, wir wissen eh, dass das gerade beim Margarethenbad immer wieder Thema ist. Wobei natürlich ein Volleyballplatz weniger Lärm erzeugt jetzt als ein Hartplatz oder andere Sportbereiche, das muss man da fairerweise dazusagen. Gibt es ungefähr einen Zeithorizont, bis wann diese Verfahren abgeschlossen sind, auch, damit wir dem Bezirk was rückmelden können.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Wie lang dieses Verfahren noch dauern wird, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Freizeitbetriebe haben natürlich großes Interesse daran, dass sie möglichst bald abgeschlossen sind, aber ich kann da kein verbindliches Datum nennen.

8) Drogenproblematik in Graz – Maßnahmenbilanz

GRin. Mag.^a **Ennemoser** stellt an StR. Herper folgende Frage:

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Karl-Heinz! Jeder einzelne Drogenkranke und noch viel mehr jeder einzelne Drogentote in Graz macht uns betroffen und hinterlässt eigentlich bei uns das Gefühl, ob die Stadt Graz, ob wir alle alles dazu getan haben, um dies zu verhindern.

Vor Jahren hat es dann die Einrichtung des Kontaktladens gegeben, der ist jetzt schon zu einer wertvollen Institution geworden. Was macht aber ein Süchtiger, der diese Institution nicht in Anspruch nimmt?

Aus diesem Grund stelle ich Karl-Heinz die

Frage:

Welche Initiativen wurden von Seiten des Gesundheitsamtes gesetzt, um die Drogenproblematik in Graz in den Griff zu bekommen und eben in weiterer Folge um den Drogenkranken zu helfen, abseits natürlich der Planung des Drogenkonsumraumes.

StR. **Herper:** Herr Bürgermeister, liebe Verena! Es ist ja klar, diese Frage, jeder Drogentote ist einer zu viel und natürlich ist klar, dass das Thema, sogar eine Sondersitzung des Gemeinderates nötig hätte, um Vorsorge und Bewahrung unserer jungen Menschen und auch sonstiger Personen schützenswert zu machen. Wir alle wissen, Drogen und Sucht hat multifaktuelle Ursachen, hat eine Vorgeschichte, hat mit psychischen Störungen zu tun und gibt es oftmals begleitend somatische Schädigungen. Hepatitis C zum Beispiel und wenn es um Drogenabstinenz geht, geht es immer im Sinne einer Totalabstinenz vor schädlichen Verhaltensweisen klarerweise. Drogenangebote und der Nimbus der erhältlichen Substanzen prägen deren Erreichbarkeit und den Konsumwillen der gefährdeten Zielgruppen. Die Annahme der Unterstützungs- und Hilfsangebote setzt voraus, dass diese als lohnend und möglichst sanktionsfrei bewertet werden. Die zentralen Grundsätze unserer Drogensuchtkoordination und des Gesundheitsamtes sind erfolgreich, Suchthilfe lautet Niederschwelligkeit, Angebote der Schadensminimierung und Teilhabe der PatientInnen am normalen Leben. Ich glaube, es geht um eine Benefiz für Süchtige und missbrauchende Personen, dass diese auch diese wahrnehmen. Was tun wir konkret? Die stetige Mitarbeit des Gesundheitsamtes in Gremien und Arbeitskreisen im Verbund mit anderen AkteurInnen hat dazu geführt, dass sowohl die Möglichkeiten der Substitutionsbehandlung realistischer eingeschätzt werden. An einer Optimierung der derzeitigen Notlösung in der Papiermühlgasse wird gearbeitet. Eine zusätzliche Ambulanz mit Bettenzugriff bei den Barmherzigen Brüdern in Eggenberg wird anvisiert. Die Schaffung von Drogennotfallbetten im LSF ist in Arbeit,

die Vor- und Nachbetreuungsambulanz des Workout läuft demnächst an. Die tatsächliche Teilhabe von Abhängigen an Wohnen, Arbeit und anderen Lebensgebieten sind natürlich nicht befriedigend zu lösen, zumindest geht es hier nur mit Partner mit an Bord, das heißt, wir haben erste konkrete Projekte, wie zum Beispiel die Wohnbetreuung Assistenz von Abhängigen und das Arbeitsprojekt Offline. Trotz der Mittelknappheit sind wir ständig und Ulf Zeder danke ich im besonderen und seinem Team, für die notwendigen zusätzlichen Ansätze, Lehrlingsschulungen, Ausbildungen an der Pädak, Relanch von Step by Step an Grazer Schulen, Ausbau der Leistungspläne im Kontaktladen, Hepatitis-Kampagnen, also da geht es um Verfahren zur Konsumreduktion, regelmäßiges Updaten usw. in Zusammenarbeit mit Ämtern, Projekten und Bevölkerungsgruppen. Unser Beitrag kann nur lauten eben diesen Aktivitäten und Aktionen, abhängige Menschen ermutigen und befähigen Kontakt zu Hilfesystemen zu suchen und Hilfe entideologisiert so zu setzen, damit sie auch sinnvoll ist. Das ist unser Beitrag und wir werden ihn auch noch verstärken und noch stärker anvisieren (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag.^a **Ennemoser**: Und zwar haben wir ungefähr 720 Substitutionspatienten in Graz und ungefähr 13 Substitutionsärzte. Das kommt dann pro Substitutionsarzt 55 Patienten, das sind um wirkungsvoll diese zu behandeln viel zu viel und aus diesem Grund frage ich dich oder bitte ich dich, dass du mit den Verantwortlichen der GKK, der KAGES und auch der Ärztekammer zusammentust, um erstens Schulungen für Substitutionsärzte, zu veranlassen und vielleicht auch weitere Substitutionsstellen zu schaffen (*Applaus ÖVP*).

StR. **Herper**: Ich werde das gerne tun, ich möchte nämlich nicht den zuständigen Ball zirkulieren lassen, ich möchte gerne gemeinsam auch mit übergeordneten

Gebietskörperschaften sprich mit der Gesundheitslandesrätin, auch mit dem Bund und auch mit den von dir angesprochenen Institutionen einen Masterplan entwickeln und hier sowohl den PatientInnen, KlientInnen als auch den behandelnden Ärztinnen und Ärzten eine entsprechende Hilfe angedeihen lassen (*Applaus SPÖ*).

9) Drogentherapeutische Anlaufstelle

GR. **Baumann** stellt an StR. **Herper** folgende Frage:

GR. **Baumann**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Wir bleiben im Thema, das waren tolle Ausführungen deiner Abteilung, deines Drogen- und Suchtbeauftragten im Gesundheitsamt. Ich möchte aber von dir gerne wissen im Bereich der Konsumraumdiskussion, im Bereich der Diskussion über die drogentherapeutische Anlaufstelle, wo wir einen breiten politischen Konsens brauchen, was da deine Aktivitäten in den ersten Monaten als Gesundheitsstadtrat waren beziehungsweise welche Aktivitäten du setzen wirst, um den Diskurs um einen Konsumraum in Graz weiter am Köcheln zu halten?

StR. **Herper**: Natürlich haben wir uns darüber Gedanken gemacht, wie wir auch Hilfestellung geben können mittels einer drogentherapeutischen Anlaufstelle, die ja bei der Verena nicht vorgekommen ist in der Fragestellung, bei dir aber positiv bewertet wird. Ich will mich gar nicht einlassen über die Unterschiede. Ein politischer Konsens ist notwendig, der muss letztlich auch auf Bundesebene erzielbar sein. Es hat schon viele Gespräche mit diversen Personenkreisen gegeben, mit der Bundesdrogenkoordination im Rahmen von Enqueten in Graz unter anderem mit dem Bundesdrogenkoordinator in spe, mit dem obersten Sanitätsrat und mit einigen

sonstigen Stakeholdern. Vieles ist nachlesbar auch aus Stellungnahmen der letzten Gemeinderatsanfragen. Jenseits der notwendigen Adaption im rechtlichen Bereich hat sich folgender Sachverhalt immer wieder herausgestellt. Solange nicht seitens der Stadt Graz deutliche Signale überwiegend politische Signale mit Mehrheitsbeschluss, heißt Willensbekundung zur Errichtung einer DTA an die zuständigen Stellen übermittelt wird, bringt eine allfällige Weiterführung auch immer wieder der gleichen Fragestellung für mich wenig. Ich würde gerne den Ball weiterspielen im Interesse auch der DTA und einer solchen Einrichtung deiner Anfrage an den Bürgermeister, dass wir einen Beschluss herbeiführen, eine Positionierung, eine Vorklärung, eine willensbildende Maßnahme, einen Beschluss hier im Grazer Gemeinderat und dies an die zuständigen Gebietskörperschaften zu übermitteln. Vor allem an die Bundesinstanz, weil es geht darum, auch die Position der Stadt Graz abzuklären und einzunehmen. Es hat gar keinen Sinn mich immer wieder zu fragen, es geht um einen Beschluss, der von der Stadt Graz ausgehen muss und ich bin sehr dafür, eine solche Einrichtung zu forcieren (*Applaus SPÖ*).

GR. **Baumann:** Der letzte Halbsatz, also der ist mir vorher abgegangen, dein Vorgänger hat es ja öffentlich ganz klar ausgesprochen, dass Graz einen Konsumraum braucht, um Maßnahmen zu setzen. Jetzt habe ich von dir das erste Mal gehört, dass du eine ähnliche oder eine gleiche Meinung hast, ich danke dir dafür. Wie du sie politisch umsetzt, das ist auch dein Ressort, immer alles auf den Herrn Bürgermeister zu schieben, ist lieb und nett, aber es ist dein Ressort. Diesen Diskurs diese Forderung wirst du aufstellen, meine Unterstützung hast du jedenfalls. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. **Herper:** Ich werde noch die Unterstützung natürlich der anderen Fraktionen suchen, insbesondere auch des Bürgermeisters und wir können nur so gemeinsam

vorgehen. Ich bin gegen Einzelaktionen, sondern für gemeinsame Vorgehensweise der Stadt Graz (*Applaus SPÖ*).

10) Sozialpolitisch relevante Integrationsmaßnahmen

GRin. **Potzinger** stellt an StRin. Mag.^a Dr. **Schröck** folgende Frage:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Es geht um sozialpolitisch relevante Integrationsmaßnahmen. Die Stadt Graz ist als erste Europäische Menschenrechtsstadt besonders auf soziale Inklusion von Menschen mit Migrationshintergrund bedacht.

Heuer wurden bereits zahlreiche Projekte vom Integrationsreferat sowie dem Jugend- und Familienressort und dem Bildungsressort in Abstimmung mit unserem Herrn Bürgermeister gefördert. Dabei wurden auch Aufgaben übernommen, die eigentlich das Land finanzieren müsste. Beispielsweise haben sich durch den Einsatz zusätzlicher Integrationsassistentinnen in Kindergärten mit einem hohen Anteil an Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache innerhalb weniger Monate die Deutschkenntnisse bei mehreren Kindern im Vorschulalter so entscheidend verbessert, dass sie im September ihren Schulbeginn feiern konnten.

Bedauerlicherweise gab es seitens des Sozialressorts für MigrantInnen schmerzhaftes Kürzungen - etwa im Bereich der psychologischen Familienbetreuung beim Verein ZEBRA.

Sie haben Erneuerungen angekündigt. Daher stelle ich an Sie folgende

Frage:

Welche sozialpolitisch relevanten Integrationsmaßnahmen werden im Jahr 2010 von Ihrem Ressort gefördert und wie wollen Sie zukünftig seitens des Sozialressorts Integrationsmaßnahmen optimieren?

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Potzinger! Sie fragen mich nach den Maßnahmen im Integrationsbereich, die aus meinem Ressort gefördert werden. Ich bitte jetzt um etwas Geduld, ich werde jetzt alle namentlich aufzählen. ESF-Projekt ERFA, ESF-Projekt Migra, Beschäftigungsprojekt ISOP, ZEBRA, Caritas Wohnheim Metahofgasse, Omega-Integrationsprojekt für Jugendliche, Afrika-Zentrum Sozialberatung, Isop-Projekt, FLleG – Familien lernen in Graz, Omega Gesundheitsstelle, Caritas Megaphon, Ikemba Projekt Migra, ÖH-Uni, Mensenbeihilfe, Caritas Megaphon Uni, ÖH-TU Sozialtopf, Caritas Megaphon Tanz, MigratInnenbeirat, Isop-Projekt Arbeitsmarkt Migration, Caritas Homeless World Cup, CCC INTERNATIONAL, Afro Asiatisches Institut Multikultiball, Verein zur Förderung indonesisch-österreichischen Kulturaustausches. Nachdem ich nicht nur Sozialstadträtin, sondern auch Frauenstadträtin bin, möchte ich erwähnen, dass ich auch Danaida fördere und den Verein Somm. Im Bereich des Frauenreferates werden insgesamt 25.200 Euro gefördert für integrative Maßnahmen, im Sozialbereich 303.367,34 Euro. Ich möchte erwähnen, dass wir zusätzlich über den Verein Erfa das Projekt der Soziallotsinnen machen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir nachdem wir im Sozialamt tagtäglich mit Menschen mit Migrationshintergrund zu tun haben hier die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch hier laufend sensibilisieren und schulen und nachdem sie den Verein Zebra dezidiert angesprochen haben, diese Entscheidung habe ich noch nicht getroffen, nachdem ich erst am 23. September dieses Amt übernommen habe. Ich werde in den nächsten Tagen, also dieser Termin besteht schon seit längerem, mit dem Verein Zebra ein Gespräch führen und werde mir diese Förderung noch einmal anschauen. Aber Fakt ist, ich habe über diese Förderung nicht entschieden (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Potzinger**: Heuer ist das europäische Jahr der sozialen Inklusion und zur Bekämpfung von Armut. Ich habe zu Jahresbeginn Ihre Vorgängerin im Amte darauf angesprochen, dass es aus diesem Grund beachtliche Fördermittel der Europäischen Union gibt, die für Österreich vom Sozialministerium verwaltet werden. Ich habe sie gefragt, wie viel das Sozialressort der Stadt Graz abgeholt hat. Habe damals keine befriedigende Antwort bekommen und frage Sie nun. Wie viel Mittel aus diesem speziellen Fördertopf hat das Sozialressort der Stadt Graz bisher abgeholt?

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Liebe Gemeinderätin Potzinger! Ich glaube Sie sehen mir nach, dass ich das jetzt nicht aus dem Stegreif beantworten kann, nachdem Sie mir jetzt diese Frage stellen, das hätten Sie mir in der ersten Frage stellen müssen. Ich werde das gerne erheben und werde Ihnen die Antwort zukommen lassen, aber das kann ich jetzt aus dem Stegreif einfach nicht beantworten, nachdem Sie auch meine Vorgängerin gefragt haben (*Applaus SPÖ*).